

Niederschrift Nr. 7

SOZ/007/2006

**über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses der
Stadt Rheine
am 28. März 2006**

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen - und wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

1. stellvertretender Vorsitzender:

Herr Friedel Theismann CDU Ratsmitglied

Mitglieder:

Frau Christel Brachmann CDU Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff CDU Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel FDP Ratsmitglied
anwesend bis 18:00 Uhr
Herr Hermann-Josef Kohnen CDU Ratsmitglied
Herr Dr. Dietrich Kühn SPD Sachkundiger Bürger
Frau Barbara Meinert SPD Sachkundige Bürgerin
Herr Wilhelm Stegemeyer CDU Sachkundiger Bürger
Herr Marcel Tewes SPD Ratsmitglied
Herr Ludger Winnemöller CDU Ratsmitglied

Vertreter:

Frau Kathi Focke CDU Sachkundige Bürgerin
Vertretung für Herrn
Hartmut Wehr
Herr Wilfried Grottendieck FDP Sachkundiger Bürger
anwesend ab 18:00 Uhr
Vertretung für Herrn
Alfred Holtel
Herr Frank Hemelt SPD Ratsmitglied
Vertretung für Frau
Ellen Knoop

Frau Elisabeth Lietmeyer	SPD	Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Antonio Berardis
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied Vertretung für Frau Iris Rieke
Herr Paul Schortemeyer	CDU	Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Christa Gieseke

beratende Mitglieder:

Herr Horst Erle	Seniorenbeirat
Frau Anne Hölzen	Familienbeirat
Frau Vivien Schöpker	Integrationsrat
Frau Anne Terhaar	Familienbeirat
Herr Heinz Thalmann	Beirat für Menschen mit Behinderungen

Gäste:

Herr Werner Althoff	Migrationsbeauftragter
Frau Tatjana Lücke	Jacob-Meyersohn- Wohnverbund
Herr Franz-Josef Meinert	Jacob-Meyersohn- Wohnverbund
Herr Jörg Schwab	Gesundheitszentrum

von der Verwaltung:

Herr Ludger Schöpfer	Fachbereichsleiter
Herr Hubert Lammerding	Sozialplaner
Herr Bernd Kocks	Produktverantwortlicher
Frau Christa Koch	Seniorenarbeit
Herr Henning Viehoff	Schriftführer

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Frau Christa Gieseke	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Ellen Knoop	SPD	Ratsmitglied
Frau Iris Rieke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr Hartmut Wehr	CDU	Sachkundiger Bürger

Herr Theismann eröffnet um 17:00 Uhr die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden Frau Anne Terhaar als sachkundige Bürgerin und Herr Wilfried Grottendieck als sachkundiger Bürger von dem Vorsitzenden, Herrn Theismann, verpflichtet.

Öffentlicher Teil:

Tonbandfundstelle: I/A/0020

1. Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung am 06. Dezember 2005

Frau Brachmann teilt mit, dass Frau Gieseke dem Standort der geplanten stationären Hospizplätze nicht zustimmt.

Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Tonbandfundstelle: I/A/0210

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 06. Dezember 2005 gefassten Beschlüsse

Herr Schöpfer trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Schaffung von zwei Hospizplätzen mit ambulanter Versorgung in Rheine

Der Rat der Stadt Rheine hat in seiner Sitzung am 21. Febr. 2006 beschlossen, vorbehaltlich zur Verfügung stehender Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2006 und vorbehaltlich der baufachlichen Prüfung, dem Caritasverband Rheine e. V. eine Zuwendung zur Schaffung von zwei Hospizplätzen mit ambulanter Versorgung durch die Ökumenisch ambulante Hospizbewegung in Anbindung an die Altenwohnanlage Caritas-Marienstift in Rheine in Höhe von maximal 44.000,00 € zu gewähren.

Eine städtische Förderung der Aufwendungen des laufenden Betriebes der Hospizplätze ist ausgeschlossen.

Bestellung von sachkundigen Einwohnern

Auf Empfehlung des Familienbeirates hat der Rat in seiner Sitzung am 21. Febr. 2006 Frau Anne Hölzen als sachkundige Einwohnerin in den Sozialausschuss bestellt. Vertreterin ist Frau Anne Terhaar.

Tonbandfundstelle: I/A/0830

3. Informationen

Herr Schöpfer trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Familiientag NRW in Rheine

Das Innenministerium NRW richtet in diesem Jahr zum 3. Mal einen Familiientag aus, der jeweils in 5 Städten in NRW unter einem bestimmten Schwerpunktthema stattfindet. In diesem Jahr ist das Schwerpunktthema Familie und Integration von Zuwanderern. Das Motto soll sein:

„Familienland NRW – verschiedene Herkunft, gemeinsame Zukunft“

Eine der 5 Ausrichterstädte soll Rheine sein (neben Aachen, Essen, Dortmund und Bielefeld).

Ein erstes Vorbereitungstreffen hat in Rheine bereits stattgefunden. Der Familiientag soll in der Stadthalle stattfinden und es soll ein Bühnenprogramm, Diskussionsrunden und Ausstellungen zur Sache, Familienworkshops und internationale Essenstände geben. Als Termin wurde **Sonntag, 10.09.2006** festgelegt. Der Tag ist gleichzeitig der letzte Tag der Straßenparty in Rheine. Der Verkehrsverein sieht darin aber kein Problem. Er wird sich am Familiientag beteiligen.

Als weitere Information stellt Herr Schöpfer dem Ausschuss die weitere Arbeits- und Projektplanung für das Jahr 2006 vor.

Diese Aufstellung ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Tonbandfundstelle: I/A/1300

4. Informationen aus dem
- Integrationsrat
 - Beirat für Menschen mit Behinderung
 - Seniorenbeirat

4 a) Bericht aus dem Integrationsrat

Frau Schöpfer berichtet über die Arbeit des Integrationsrates.

Herr Theismann bemängelt, dass viele Vertreter der einzelnen Migrantengruppen den Sitzungen des Integrationsrates unentschuldig fernbleiben. Es sollte nach Wegen gesucht werden, wie das Verantwortungsbewusstsein dieser gewählten Personen gegenüber Ihrer zu repräsentierenden Gruppe gestärkt werden kann.

4 b) Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Thalmann berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

Er teilt mit, dass der Beirat für Menschen mit Behinderungen in seiner gestrigen Sitzung die in die Öffentlichkeit gelangten Sparvorschläge der Finanz- und Strategiekommission im Bereich der Behindertenarbeit abgelehnt hat.

Herr Hemelt kritisiert, dass die CDU-Fraktion die nichtöffentlichen Ergebnisse der Finanz- und Strategiekommission in unverantwortlicher Weise in die Öffentlichkeit transportiert hat. Damit wird die weitere konstruktive Zusammenarbeit der Ratsfraktion in diesem Bereich aufs Spiel gesetzt.

Herr Kohnen weist diesen Vorwurf für die CDU-Fraktion entschieden zurück. Aus den Reihen der CDU-Fraktion hat die Presse die nichtöffentliche Liste der Sparvorschläge nicht erhalten.

4 c) Bericht aus dem Seniorenbeirat.

Herr Erle berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

Tonbandfundstelle: I/A/2790

5. Zentrum für Altersmedizin der Mathias-Stiftung Vorlage: 123/06

Herr Dr. Schwab vom Zentrum für Altersmedizin der Mathias-Stiftung stellt an Hand eines beamerunterstützten Vortrages zunächst die verschiedenen Abteilungen des Gesundheitszentrums vor. Im weiteren Verlauf seines Vortrages geht Herr Dr. Schwab näher auf die Arbeit der geriatrischen Abteilung ein und erläutert die Arbeitsweise in diesem Bereich der Medizin.

Die Folien zu diesem Vortrag sind dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Auf Nachfrage von Herrn Kohnen teilt Herr Dr. Schwab mit, dass die Mathias-Stiftung in diesem Jahr kein stationäres Hospiz errichten wird. Ob in der Zukunft ein solches Hospiz errichtet wird hängt auch von der weiteren Auslastung des bereits bestehenden Hospizes in Emsdetten ab. Um eine Konkurrenzsituation zu vermeiden besteht gegebenenfalls auch die Möglichkeit bei der palliativen Betreuung von Patienten im Gesundheitszentrum auf das Hospiz in Emsdetten zurückzugreifen.

Beschluss:

Nach einer weiteren intensiven Diskussion, in der unter anderem die Themenfelder

- ambulante Hospizpflege
- ehrenamtliche Arbeit im Bereich der Hospizpflege
- Bedeutung des Gesundheitszentrums als Lehrkrankenhaus der Uni Münster
- Kostendruck im Bereich der palliativen Pflege
- Verhältnis von Patienten zu Pflegekräften
- Probleme von Patienten mit Migrationshintergrund

erörtert werden, nimmt der Sozialausschuss den Vortrag von Dr. Schwab zum Zentrum für Altersmedizin der Mathias-Stiftung -einstimmig- zur Kenntnis.

Tonbandfundstelle: I/B/2750

6. Familienpflege - Betreutes Wohnen in Gastfamilien für Menschen mit Behinderungen
Vorlage: 124/06

Zu Beginn des Vortrages stellt der Leiter des Jacob-Meyersohn-Wohnverbundes, Herr Meinert kurz die Entwicklung der verschiedenen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen in Rheine dar.

Im Anschluss daran erläutert Frau Lücke vom Familienpflegeteam die inhaltliche Konzeption sowie die bisherige Praxis der Familienpflege für erwachsene Menschen mit Behinderungen in Gastfamilien.

Die Folien dieses Vortrages sind dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Frau Lücke weist darauf hin, dass die Ausgestaltung des Pflegeverhältnisses in Form einer schriftlichen Familienpflegevereinbarung erfolgt. Ein Muster dieser Familienpflegevereinbarung ist dem Protokoll als Anlage 4 beigelegt.

Ergänzend teilt Herr Meinert mit, dass im gesamten Wohnverbund zur Zeit 117 Menschen mit Behinderungen betreut werden; davon 5 Personen in der hier besprochenen Familienpflege.

Zur Frage der finanziellen Ausgestaltung des Pflegeverhältnisses teilt Frau Lücke mit, dass eine Gastfamilie zur Zeit 838 Euro monatlich als Aufwandsentschädigung erhält. Je nach Einkommen hat die zu betreuende Person einen Eigenanteil an diesen Kosten von bis zu 435 Euro zu leisten.

Beschluss:

Nach weiterer ausführlicher Erörterung des Themas nimmt der Sozialausschuss die Ausführungen von Herrn Meinert, Leiter des Jacob-Meyersohn-Wohnverbundes, und Frau Lücke vom Familienpflegeteam zum Thema „Familienpflege – Betreutes Wohnen in Gastfamilien für Menschen mit Behinderungen“ – einstimmig- zur Kenntnis.

Tonbandfundstelle: II/A/1620

7. Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen
Mittelverwendung 2006
Vorlage: 125/06

Der Vorsitzende Herr Theismann verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Frau Brachmann begrüßt für die CDU-Fraktion, dass durch den Bau des geplanten Behinderten WC`s in der Marienschule in Hauenhorst die Möglichkeit geschaffen wird, dass auch Kinder mit Behinderungen wohnortnah unterrichtet werden können.

Sie bittet jedoch darum, bei den weiteren Planungen mögliche Kosteneinsparpotentiale zu nutzen.

Herr Reiske spricht sich ebenfalls für diese Baumaßnahme aus. Er hält die Kostenschätzung auf Grund der Beteiligung der Bauverwaltung für nachvollziehbar.

Auf Nachfrage von Herrn Hemelt, warum die Franziskus-Schule in Mesum nicht bei den in Frage kommenden Standorten für das Behinderten WC mit einbezogen wurde, teilt Frau Hake mit, dass dort für die Durchführung der Ganztagsbetreuung Kosten für den Bau einer notwendigen Aufzugesanlage entstehen würden. Aus diesem Grund hat man sich für die kostengünstigere Alternative entschieden.

Herr Schöpfer gibt zu Bedenken, dass sich eine Expertengruppe, bestehend auch aus Mitgliedern des Beirates für Menschen mit Behinderungen, für die Marienschule Hauenhorst ausgesprochen hat.

Beschluss:

Am Ende der Aussprache fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich zur Verfügung stehender Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2006 beschließt der Sozialausschuss auf der Grundlage der durch die Arbeitsgruppe „Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen“ (Umsetzung bei städt. Baumaßnahmen) erstellten Prioritätenliste für 2006, die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wie folgt einzusetzen:

Behinderten-WC für die Marienschule Hauenhorst
(Investitionsbedarf laut Kostenschätzung 29.000,-- €)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tonbandfundstelle: I/B/2400

8. Einwohnerfragestunde

Da es mittlerweile 19:00 Uhr ist, wird die Einwohnerfragestunde vorgezogen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Tonbandfundstelle: I/B/2430

9. Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) Gesetzentwurf zur Umsetzung von Regelungen des Sozialgesetzbuches II in NRW - Eigenbeteiligung der kreisangehörigen Kommunen Vorlage: 126/06

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Er teilt mit, dass die Stadt Rheine durch den Gesetzentwurf zur gemeindlichen Beteiligung an den SGB II-Kosten mit Mehrkosten in Höhe von 807.000,-- Euro belastet wird. Hierfür gibt es jedoch keinen sachlichen Grund, da die Gemeinden im Kreis Steinfurt nicht mit der Vermittlung und Qualifizierung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen beauftragt wurden. Diese Aufgabe wurde im Kreis Steinfurt auf die GAB KaöR übertragen. Da die Stadt Rheine nicht für die Vermittlung zu-

ständig ist, hat sich auch keine Möglichkeit, durch eigene Vermittlungen die Fallzahlen und damit die Kosten zu beeinflussen.

Herr Schöpfer führt weiter aus, dass die Stadt Rheine einen Brief an den Kreis Steinfurt gesandt hat, in dem auf die bestehenden Bedenken hingewiesen wurde. Gleichzeitig wurden aber auch Vorschläge unterbreitet, wie die Bereiche Akquise von Stellen und die Vermittlung optimiert werden können.

Zwischenzeitlich liegt die Antwort des Kreises vor. (Anmerkung: Das Antwortschreiben des Kreises Steinfurt wurde in der Sitzung des Sozialausschusses an die Ausschussmitglieder verteilt.)

Wie Herr Schöpfer weiter bekannt gibt, teilt der Kreis Steinfurt grundsätzlich die Auffassung der Stadt Rheine, dass es noch Optimierungsbedarf im Bereich der Vermittlung gibt; gleichwohl gibt es Stellschrauben auf die die Stadt Rheine Einfluss nehmen kann, wie z.B. die Wohnungsbaupolitik. Der Kreis Steinfurt ist der Meinung, dass in den letzten Jahren hunderte von Sozialwohnungen in der Stadt Rheine gebaut wurden, denen keine Nachfrage der Rheinenser Bevölkerung gegenüberstand. Diese freien Wohnungen üben eine Sogwirkung auf Menschen aus den unteren Einkommenssegmenten und Arbeitlose aus. Dieser Zuzug habe ebenfalls zu einem Anstieg von SGB II-Empfängern geführt.

Die daraufhin vom zuständigen Fachbereich für die Wohnbauförderung angeforderte Stellungnahme hat ergeben, dass die Auffassung des Kreises fachlich ohne jede Substanz ist.

Ferner hat die Stadt Rheine in den vergangenen Wochen auf den verschiedenen politischen Ebenen, wie z.B. Kreistagsmitgliedern, Landtagsabgeordnete sowie Arbeitsminister Laumann, auf die Folgen dieses Gesetzentwurfes hingewiesen.

In der sich anschließenden Diskussion äußert sich Herr Dr. Kühn dahingehend, dass er das Schreiben des Landrates für nicht nachvollziehbar hält. Es werden unerschwinglich Behauptungen aufgestellt, die nicht belegt werden. So wird z.B. die fehlende kontinuierliche Personalbesetzung im SGB II-Bereich aber auch die Qualifizierung des Personals an sich in Frage gestellt. Irgendwelche Belege für diese Behauptungen werden aber nicht genannt.

Herr Reiske hält die Aussage des Kreises Steinfurt, dass die Unterlassung sozialpräventiver Arbeit negative Auswirkungen auf die Finanzbelastung im SGB II-Bereich haben kann, für eine Unverschämtheit, da keine andere Kommune soviel in diesem Bereich geleistet hat wie die Stadt Rheine obwohl der Kreis Steinfurt sich in der Vergangenheit kaum an diesen Kosten beteiligt hat.

Herr Hemelt stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass der Sozialausschuss das Schreiben des Landrates in aller Deutlichkeit zurückweist. Er stellt für die SPD-Fraktion fest, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des SGB II-Bereich qualitativ gute Arbeit leisten.

Zum Schluss der Aussprache fasst der Sozialausschuss folgenden geänderten Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur beabsichtigten Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen an den Kosten der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss unterstützt ausdrücklich die Aktivitäten der Verwaltung zur Abwendung einer nicht sachgerechten Kostenbeteiligung der kreisangehörigen Kommunen an den verbleibenden Kosten des Kreises Steinfurt als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Das Schreiben des Landrates des Kreises Steinfurt vom 12.03.2006 wird vom Sozialausschuss entschieden zurückgewiesen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Stellungnahme zum Schreiben des Kreises Steinfurt zu verfassen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen
 1 Enthaltung

(Anmerkung der Verwaltung: Das Antwortschreiben an den Landrat ist dem Protokoll als Anlage 5 beigelegt).

Tonbandfundstelle: II/A/3450

**10. Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) - Fallmanagement
Vorlage: 127/06**

Herr Schöpfer verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Herr Dr. Kühn bemängelt, dass eine Schnittstelle zwischen der GAB und dem Fallmanagement im Hinblick auf die Stellenvermittlung grundsätzlich nicht besteht.

Herr Schöpfer weist darauf hin, dass bei Personen die für das Fallmanagement vorgesehen sind, zunächst der Abbau von Vermittlungshemmnissen im Vordergrund steht. Bei fortschreitendem Abbau dieser Hemmnisse erfolgt dann je nach Bedarf auch eine Einbeziehung der GAB.

Beschluss:

Ohne weitere Wortbeiträge nimmt der Sozialausschuss die Ausführungen zum Stand der Umsetzung des Fallmanagements – einstimmig- zur Kenntnis.

Tonbandfundstelle: II/B/0090

11. Anfragen und Anregungen

Es folgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils:

19:25 Uhr

Theismann
Ausschussvorsitzende

Viehoff
Schriftführer